



THEMEN

KURZBERICHT

- 3. Quartal 2025: Verbraucherkontakte rückläufig

AKTUELLE VERBRAUCHERTHEMEN

- Verbraucherreport 2025: Beschwerden im Finanzbereich nehmen zu

RECHT & GESETZ

- EuGH befasst sich mit Risikoeinstufung von offenen Immobilienfonds

NOTIZEN

- Versicherungsombudsfrau bekommt neuen Stellvertreter

KURZBERICHT

3. QUARTAL 2025: VERBRAUCHERKONTAKTE RÜCKLÄUFIG

Die Verbrauchieranfragen und -beschwerden bei der Ombudsstelle für Investmentfonds liegen nach dem 3. Quartal 2025 unter dem Niveau des Vorjahres.

Im 3. Quartal haben wir 30 Eingänge verzeichnet. Im 2. Quartal waren es 27 (vgl. [Quartalsinfo 3/2025](#)) und im 1. Quartal noch 33 Eingänge (vgl. [Quartalsinfo 2/2025](#)).

Von Januar bis September 2025 sind damit insgesamt 90 Verbrauchieranfragen und -beschwerden bei uns eingegangen. Zum Vergleich: In den ersten neun Monaten des letzten Jahres waren es 142 Eingänge.

Zahlen im Überblick

Berichtsjahr	2021	2022	2023	2024	3. Qu. 2025
Eingänge	83	112	132	207	90

Bei den Sachthemen lassen sich bis dato auch mit Blick auf die moderaten Eingänge keine besonders nennenswerten Schwerpunkte ausmachen. Aktuell bleiben Fragen im Zuge des BGH-Urteils zur Wirksamkeit von Kostenklauseln in Riester-Verträgen (XI ZR 290/22) und zur Sonderbewertung eines offenen Immobilienfonds. Die Eingänge hierzu haben sich aber abgeschwächt.

Weitere Einzelheiten eines Berichtsjahres schildern wir in unseren Tätigkeits- und Jahresberichten.

AKTUELLE VERBRAUCHERTHEMEN

VERBRAUCHERREPORT 2025: BESCHWERDEN IM FINANZBEREICH NEHMEN ZU

Die deutschen Verbraucherzentralen haben laut ihrem aktuellen Verbraucherreport 2025 im 1. Halbjahr 2025 über 165.000 Beschwerden registriert. Dies entspricht einem Anstieg von 14 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Mehrheit der Beschwerden bezog sich wieder auf digitale Themen. Der Bereich Digitales macht inzwischen über die Hälfte aller Beschwerden (57 %) aus. Die Zahl dieser Fälle ist erneut deutlich gestiegen und liegt 34 % über dem Vorjahreswert. Zu den häufigsten Ärgernissen zählen dabei untergeschobene Verträge und Schwierigkeiten beim Widerruf.

Im Finanzbereich verzeichneten die Verbraucherzentralen im 1. Halbjahr 2025 bundesweit knapp 15.000 Beschwerden. Das sind 11 % mehr als im Vorjahr. Die häufigste Verbraucherbeschwerde bleibt weiterhin die Zinsanpassung bei laufenden Sparverträgen. Danach folgen Beitragssteigerungen in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung und Betrug im Grauen Kapitalmarkt.



RECHT & GESETZ

EUGH BEFASST SICH MIT RISIKOEINSTUFUNG VON OFFENEN IMMOBILIENFONDS

Das OLG Nürnberg hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein Vorabentscheidungsersuchen zur Risikoklassifizierung offener Immobilienfonds nach der euro-

päischen PRIIPs-Verordnung vorgelegt. Im konkreten Fall geht es um die Risikoeinstufung des Fonds „Unilmmo: Wohnen ZBI“ im sog. Basisinformationsblatt. Das LG Nürnberg-Fürth hatte im Zuge einer spürbaren Abwertung des Fondsvermögens im vergangenen Jahr mit erstinstanzlichem Urteil v. 21.2.2025 zugunsten der klagenden Verbraucherzentrale Baden-Württemberg entschieden, dass das Risiko des Fonds im Basisinformationsblatt zu niedrig eingestuft worden sei. Hiergegen hatte die zuständige Kapitalverwaltungsgesellschaft Berufung eingelegt (vgl. Quartalsinfo 2/2025). Das OLG Nürnberg als Berufungsinstanz hat nun den EuGH um Klärung gebeten, da es bei der PRIIPs-Verordnung um die Auslegung unionsrechtlicher Normen geht. Eine EuGH-Entscheidung wird wohl nicht vor Ende 2026 zu erwarten sein.

NOTIZEN

VERSICHERUNGSOMBUDSFRAU BEKOMMT NEUEN STELLVERTRETER

Der Versicherungsombudsmann e.V. hat am 24.9.2025 Prof. Dr. Rainer Schlegel, Präsident des Bundessozialgerichts a.D. und Ombudsmann für die private Kranken- und Pflegeversicherung, zum Stellvertreter der Ombudsfrau für Versicherungen Sibylle Kessal-Wulf bestellt.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

REDAKTION

Büro der Ombudsstelle des BVI
+49 30 6 44 90 46-0
info@ombudsstelle-investmentfonds.de

Die Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI ist vom Bundesamt für Justiz anerkannte private Verbraucherschlichtungsstelle im Finanzbereich, insbesondere zur alternativen Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten über Geldanlagen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch.